



Rede von Präsidentin von der Leyen vor dem Plenum des Europäischen Parlaments zu den Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom 24./25. Juni 2021

Straßburg, 7. Juli 2021

Herr Präsident Sassoli, lieber David,

Herr Präsident Michel, lieber Charles,

meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete,

auf der letzten Tagung des Europäischen Rates haben wir viele wichtige Fragen erörtert – in der Tat, wie wir eben gehört haben, von der wirtschaftlichen Erholung bis hin zu unseren Beziehungen zu Russland. Aber kein Punkt auf der Tagesordnung war so wichtig wie unsere Diskussion zu einem Thema, das den Kern unserer Identität berührt: unsere Werte.

Die Staats- und Regierungschefs haben eine sehr persönliche und emotionsgeladene Diskussion über das neue ungarische Gesetz geführt. Dieses Gesetz sagt unter anderem, dass jetzt Filme, Informationen und Veröffentlichungen mit Darstellungen von Lesben und Schwulen Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren in Ungarn nicht mehr gezeigt werden dürfen. Und es wird behauptet, dass diese Informationen negative Auswirkungen auf die körperliche und moralische Entwicklung Minderjähriger hätten.

Dieses Gesetz stellt Homosexualität und Geschlechtsumwandlungen auf eine Stufe mit Pornographie. Dieses Gesetz nutzt den Schutz der Kinder – dem wir uns alle verschrieben haben – als Vorwand, um Menschen wegen ihrer sexuellen Orientierung schwer zu diskriminieren.

Dieses Gesetz ist schändlich. Es widerspricht zutiefst den Grundwerten der Europäischen Union – dem Schutz der Minderheiten, der Menschenwürde, der Gleichheit und der Wahrung der Menschenrechte. Diese Werte, die so unverrückbar in Artikel 2 unseres Vertrags verankert sind. Die Staats- und Regierungschefs auf dem Europäischen Rat haben sehr entschlossen ihre Unterstützung der Kommission zum Ausdruck gebracht. Und ich werde alle Instrumente, die der Kommission zur Verfügung stehen, nutzen, um diese Grundsätze zu verteidigen.

Genau darauf möchte ich mich konzentrieren. Ich möchte diese Gelegenheit nutzen, um Ihnen einen umfassenderen Überblick darüber zu geben, wie wir unsere Werte, den Rechtsstaat und die finanziellen Interessen der Union verteidigen wollen.

Zunächst zum ungarischen Gesetz selbst. Wie Sie wissen, haben die Kommissare Reynders und Breton ein Schreiben an die ungarische Regierung gerichtet, in welchem sie unsere rechtlichen Bedenken gegen das Gesetz darlegen. Ungarn muss aufhören, gegen EU-Recht zu verstoßen. Wenn Ungarn dies nicht tut, wird die Kommission als Hüterin der Verträge eingreifen. Wir tun dies, um das nur klarzustellen, unabhängig davon, welcher Mitgliedstaat gegen EU-Recht verstößt.

Seit Beginn meiner Amtszeit haben wir bereits etwa 40 Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet, die im Zusammenhang mit dem Schutz der Rechtsstaatlichkeit und anderer Werte der Europäischen Union stehen, die in Artikel 2 des Vertrags verankert sind. Und wenn nötig, wird es weitere Fälle geben.

Wir können nicht einfach zuschauen, wenn sich ganze Regionen zu sogenannten „LGBTIQ-freien Zonen“ erklären. Europa wird es nie zulassen, dass Teile seiner Gesellschaft stigmatisiert werden: wegen der Person, die sie lieben, wegen ihres Alters, wegen ihrer politischen Meinungen oder wegen ihrer religiösen Überzeugungen. Denn wir sollten nie vergessen: Für Teile unserer Gesellschaft einzustehen, heißt, für die Freiheit der gesamten Gesellschaft einzustehen.

Mein zweiter Punkt betrifft den Schutz des EU-Haushalts. Das ist keine abstrakte Frage. Hier geht es um das Geld der europäischen Steuerzahler. Wir werden darauf genau achten. Deshalb haben wir unseren neuen Konditionalitätsmechanismus vereinbart. Dieser Mechanismus steht im Mittelpunkt von NextGenerationEU und des EU-Haushalts. Es müssen Maßnahmen ergriffen werden, sobald festgestellt wird, dass es in den Mitgliedstaaten zu Verstößen gegen die Rechtsstaatlichkeit kommt,

die die Wirtschaftlichkeit der Haushaltsführung des Haushalts der Union oder die finanziellen Interessen der Europäischen Union beeinträchtigen, oder durch die ein ernsthaftes Risiko einer solchen Beeinträchtigung besteht. Ich weiß, wie wichtig dies für Sie im Europäischen Parlament und für uns als Kommission ist. Und ich sehe dem Urteil des Europäischen Gerichtshofs erwartungsvoll entgegen. Es wird für alle in Europa Klarheit bringen.

Gleichzeitig sind unsere Bediensteten seit Januar mit der Prüfung aller Fakten befasst, die für spätere Verfahren relevant sein könnten. Und wir haben Leitlinien dazu ausgearbeitet, wie der Konditionalitätsmechanismus in der Praxis angewandt werden kann. Wir sind dabei, diese Leitlinien mit Ihnen im Europäischen Parlament zu erörtern. Im Herbst werden wir mit den ersten Dossiers beginnen. Was ich bei der Verabschiedung des Haushaltsplans gesagt habe, bestätigt sich also: Kein Fall wird vergessen.

Der Konditionalitätsmechanismus wird auch zum Schutz von NextGenerationEU beitragen. Denn wenn unsere Union mehr Geld als jemals zuvor investiert, um unsere gemeinsame Erholung voranzubringen, müssen wir besonders darauf achten, dass dieses Geld ordnungsgemäß und wirksam eingesetzt wird. Das ist nicht nur ein Kernelement unserer Demokratien, sondern schafft auch Vertrauen für Investoren und Unternehmen in dieser schwierigen Zeit.

Aus diesem Grund haben wir in die nationalen Aufbaupläne der Mitgliedstaaten ein starkes System von Kontrollen, von Etappenzielen eingebaut, um zu überwachen, wohin das Geld fließt. Wir werden auf verantwortliches Regierungshandeln, Maßnahmen gegen Korruption und Betrugsbekämpfung achten. Zusätzlich werden wir die Finanzierungsvereinbarungen, die wir mit jedem Mitgliedstaat unterzeichnet haben, nutzen, um deutlich zu machen, was wir erwarten: beispielsweise eine reibungslose Zusammenarbeit mit OLAF, dem Europäischen Amt für Betrugsbekämpfung. Denn letztendlich zahlen die Menschen in Europa für all das.

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

diese Instrumente stehen uns zur Verfügung, einschließlich des Verfahrens nach Artikel 7. Aber wir alle wissen, dass selbst die besten Instrumente eine aufrichtige Wertedebatte nicht ersetzen können. Hier geht es darum, in was für einem Europa wir leben wollen. Hier geht es um das Herz der Werte, auf denen unsere Union gegründet wurde, und die weltweite Strahlkraft besitzen: Demokratie, Gleichheit vor dem Gesetz, Anerkennung von Gerichtsurteilen, freie Medien. Diese Werte verbinden uns: Nord und Süd, Ost und West.

Wir mögen uns nicht in allen Einzelheiten eines bestimmten Gesetzes einig sein, aber wir müssen uns darauf einigen, die Urteile der unabhängigen Gerichte, die unsere Streitigkeiten beilegen, zu achten, und wir müssen uns auf den Vorrang des europäischen Rechts einigen. Wir mögen uns nicht über jedes Projekt, das europäische Mittel erhalten soll, einig sein. Aber wir müssen uns darüber einig sein, dass dieses Geld ordnungsgemäß ausgegeben wird. Wir mögen bei vielem, was wir in unseren Medien sehen, nicht einer Meinung sein. Aber wir müssen uns darin einig sein, dass Journalisten, die potenziellen Machtmissbrauch untersuchen, keine Bedrohung, sondern ein Trumpf unserer Demokratien und unserer Gesellschaften sind. Und unsere Gedanken und unsere Solidarität gelten in diesen Momenten dem Journalisten Peter de Vries.

Auch im Hinblick auf die Zukunft unserer Europäischen Union vertreten wir unterschiedliche Ansichten. Aber wir müssen das Recht aller akzeptieren, offen ihre Meinung sagen zu können. — ohne andere zu demütigen oder herabzuwürdigen. Wir können sogar anderer Meinung über die beste Lebensweise sein, aber wir müssen uns darüber uneinig sein, dass jede und jeder Einzelne das Recht hat, diese Entscheidung für sich selbst zu treffen.

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

es gibt viele Orte auf der Welt, an denen man leicht seinen Lebensunterhalt verdienen und hervorragende Geschäfte machen kann. Wenn es jedoch darum geht, in Frieden und Freiheit zu leben, gibt es keinen besseren Ort als Europa. Europa ist vielfältig, die Europäerinnen und Europäer sind vielfältig. Wir halten dennoch zusammen. Geeint durch unsere Werte.

Lang lebe Europa!

Ich danke Ihnen.

SPEECH/21/3526

Related media

 [EP Plenary session Conclusions of the European Council meeting of 24-25 June 2021](#)